

REZENSIONARTIKEL

Gespaltenes Land

Rezension von: Lepore, Jill (2019). *Diese Wahrheiten. Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*. München, C.H. Beck. 1.120 Seiten. Gebundenes Buch. 41,10 EUR. ISBN 978-3-406-73988-0.

Die amerikanische Originalausgabe des vorliegenden Buchs erschien 2018 unter dem Titel „These Truths. A History of the United States“. Die Autorin ist Professorin für Amerikanische Geschichte an der Harvard University und Mitarbeiterin des „New Yorker“. Von ihr erschienen u.a. „This America. The Case for the Nation“ (2019) und „The Story of America: Essays in Origins“ (2012).

Inhaltliche Schwerpunkte der Darstellung, die den Zeitraum von 1776 bis 2016 umfasst und Aspekte der Kolonialgeschichte ab 1609 einschließt, sind politische und Ideengeschichte, weniger ausgeprägt auch Sozialgeschichte. Wirtschafts-, Kultur-, Diplomatie- und Militärgeschichte kommt nur geringer Stellenwert zu. Mehr Aufmerksamkeit als viele konventionelle Geschichtswerke widmet die Autorin den bis in die Gegenwart diskriminierten Bevölkerungsteilen: Frauen, AfroamerikanerInnen und Indigenen.

Ausgangspunkt von Lepores Werk sind einige der zentralen politischen Ideen der Unabhängigkeitserklärung, die der Kontinentalkongress am 4. Juli 1776 in Philadelphia beschloss, und der Verfassung von 1787/89: politische Gleichheit aller Menschen, naturgegebene Grundrechte sowie Volkssouveränität und Demokratie. Die Autorin hält Rückschau, folgt dem Verlauf und den Konsequenzen des amerikanischen Experiments und zieht Bilanz: Inwieweit gelang es, das politische Gemeinwesen entsprechend diesen Grundsätzen, auf denen die Nation errichtet wurde, zu gestalten? Die Werte der Amerikanischen Revolution, „diese Wahrheiten“, wie Jefferson sie nannte, sind zugleich Titel, historischer Anker, stetiger Bezugspunkt und moralischer Fluchtpunkt von Lepores Darstellung. Inhaltlich bestehen somit erhebliche Parallelen zwischen Lepores Werk und Heinrich August Winklers vierbändiger „Geschichte des Westens“.¹

Das Experiment

Im ersten Teil des Buches geht Lepore zunächst der Entstehung der zentralen Ideen der Amerikanischen Revolution nach. Spezielle Aufmerksamkeit schenkt sie dabei der wissenschaftlichen Revolution und den politischen und religiösen Diskursen und Auseinandersetzungen im England des 17. Jh. Schließlich waren

¹ Siehe die Rezensionen in WUG 36 (1) (2010, 133–138); 38 (3) (2012, 653–659); 41 (2) (2015, 302–309).

es die dort entstandene Kultur der Tatsachen und die neuen Vorstellungen von naturgegebenen Grundrechten, Volkssouveränität, der Repräsentation des Volkes durch das Parlament und dem christlich und naturrechtlich begründeten Egalitarismus, welche von den AuswandererInnen, von denen nicht wenige heterodoxen politischen und religiösen Ideen anhingen, in die nordamerikanischen Kolonien gebracht wurden. Lepore hebt besonders die Bedeutung der Entwicklung hervor, dass sich im Gefolge der wissenschaftlichen Revolution die Kultur der Tatsachen im 18. Jh. vom Rechtswesen (Geschworene entschieden über Tatsachen!) und den Naturwissenschaften (empirische Beweisführung) auf die Politik ausbreitete.

Jede der englischen Kolonien in Nordamerika stellte ein eigenes Experiment in Bezug auf Volksherrschaft und bestimmte Grundrechte dar. Die meisten Kolonien richteten eine Volksvertretung ein – eine gewählte gesetzgebende Körperschaft – und verabschiedeten ihre eigene Verfassung und eigene Gesetze. Die Kultur der Tatsachen war also im 18. Jh. in den Kolonien bereits fest etabliert, in der Rechtsprechung, in der Politik und in der Geschichtsschreibung: die Auseinandersetzung um Fakten, empirische Beweisführung, Abwägen vernünftiger Argumente bei politischen Entscheidungen. Mitte des 18. Jh. lag der Anteil der wahlberechtigten Männer in den Kolonien bereits bei rund zwei Dritteln, in England bei weniger als einem Fünftel. Doch Volkssouveränität und Demokratie betrafen nur den besitzenden Teil eines Segments der Bevölkerung, nämlich jenes der männlichen Weißen. Im politischen Denken des 18. Jh. existierten mithin SklavInnen und Frauen außerhalb des Vertrags, durch den ein bürgerliches Gemeinwesen gebildet wurde. Insbesondere die in den südlichen Kolonien weitverbreitete Sklaverei, die dort die Grundlage der Wirtschaftsordnung bildete, „warf unweigerlich einen langen und furchtbaren Schatten auf diese Grundsatzserklärungen“ (135).

Die in der Unabhängigkeitserklärung enthaltenen Grundsätze politische Gleichheit, naturgegebene Rechte und Volkssouveränität sind seither „in Ehren gehalten, herabgesetzt und angefochten worden, sie wurden verteidigt, waren umstritten, wurden bekämpft“ (13). Die Sprache der Unabhängigkeitserklärung war die Sprache der Vernunft, der Aufklärung, der Forschung und der Geschichtsschreibung.

1787 beschloss der Konvent in Philadelphia die Verfassung, die 1789 durch den die Judikative regelnden „Judiciary Act“ und die einen Grundrechtskatalog („Bill of Rights“) enthaltenden zehn Verfassungszusätze ergänzt wurde. Das amerikanische Experiment begann.

Die Verfassung enthielt auch einige demokratiepolitisch problematische Institutionen, die bis heute bestehen: zwei Senatssitze je Einzelstaat unabhängig von der Bevölkerungszahl; indirekte Wahl des Präsidenten durch ein Wahlpersonengremium; Regelung der Wahl der Abgeordneten des Repräsentantenhauses durch die Einzelstaaten – was der Manipulation von Wahlbezirksgrenzen (Gerrymandering) Tür und Tor öffnete. Fünf Sklaven galten bei der Sitzverteilung so viel wie drei Weiße. Und der Umgang mit der Sklaverei wurde den Einzelstaaten überlassen. Die Sklavenhalterklasse – nur rd. 1% der Gesamtbevölkerung – erhielt auf diese Weise einen unverhältnismäßig großen Einfluss im Kongress und in den Südstaaten.

Anfangs gab es noch einzelne Staaten, welche weißen Frauen (NJ bis 1807) oder freien Schwarzen (MD bis 1802) das aktive Wahlrecht gewährten, doch verschwanden diese Regelungen bald. Wie in den Kolonien galten auch in der Republik Volkssouveränität und Demokratie nur für besitzende weiße Männer. Frauen wurden in der Verfassung nicht erwähnt. Und der Friede von Paris 1783 befreite zwar die nordamerikanischen Kolonien von der britischen Herrschaft, nicht aber die dortigen SklavInnen von ihren BesitzerInnen. Im Gegenteil, durch die Amerikanische Revolution gewann die Sklavenhalterklasse aus den Südstaaten an Macht. Die politische Sprengkraft der Sklavereifrage zeichnete sich bereits ab: 1777 verabschiedete Pennsylvania das erste Gesetz in der westlichen Welt zur Abschaffung der Sklaverei.

Im Bevölkerungssegment der weißen Männer schritt die Demokratisierung in den ersten Jahrzehnten der jungen Republik rasch voran. Im Jahr 1821 waren bereits in 21 von 24 Einzelstaaten Besitzvoraussetzungen für das aktive Wahlrecht beseitigt.

Der Kampf um Sklaverei und Gleichberechtigung

Die Sklavenhalterklasse aus dem Süden dominierte die politische Sphäre der Republik in deren ersten Jahrzehnten. Geschickt instrumentalisierte sie die Südstaaten für ihre Sonderinteressen. Der Kampf um die Sklaverei war v.a. eine Auseinandersetzung um deren Ausbreitung im Westen.

In den 1830er-Jahren radikalisierte sich die Abolitionistenbewegung im Norden. Die Spaltung des Landes vertiefte sich. Im Norden wurde die Demokratische Partei als Partei der Sklaverei angesehen; sie spaltete sich 1860. Die 1854 in Wisconsin gegründete Republikanische Partei wurde zur Partei der Reformen, welche gegen die Ausbreitung der Sklaverei und für deren Abschaffung eintrat. Abraham Lincoln wurde 1860 mit einem Programm zum Präsidenten gewählt, das einer Ausweitung der Sklaverei im Westen entgegentrat und in den Südstaaten einen Prozess der Sklavenbefreiung in kleinsten Schritten und mit einer Entschädigung für die SklavenhalterInnen einzuleiten vorsah. Unter diesen Umständen zogen es die Südstaaten unter dem Einfluss der dominanten Minderheit der Sklavenhalterklasse vor, die Union zu verlassen.

Im Jänner 1865, also noch vor der für den Norden siegreichen Beendigung des Bürgerkriegs, beschloss der Kongress den 13. Verfassungszusatz, der die Sklaverei verbot. Doch damit setzte erst der Kampf um die Gleichberechtigung der ehemaligen SklavInnen ein. 1877 übernahmen die Demokraten die politische Kontrolle über die Südstaaten. Die Mehrheit der Weißen ebendort war nicht zu einem Zusammenleben mit den Schwarzen in Gleichberechtigung bereit. Die sog. Jim-Crow-Gesetze der Einzelstaaten etablierten konsequente Rassentrennung und bewirkten die Diskriminierung der Schwarzen. Im *Sharecropping*-Pachtsystem sanken viele schwarze LandpächterInnen auf den Status von Leibeigenen der weißen PlantagenbesitzerInnen herab.

Die v.a. in den 1890er-Jahren beschlossenen Wahlrechtsreformen der Südstaaten, welche das aktive Wahlrecht von Bildungsvoraussetzungen abhängig machten, und blanker Terror sorgten dafür, dass kaum noch Schwarze das von

der Bundesverfassung garantierte Wahlrecht ausüben konnten. 1892 entschied die konservative Mehrheit im Obersten Bundesgericht in einem für Jahrzehnte maßgebenden Urteil, dass getrennte Einrichtungen nicht gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoßen würden.

Die Demokraten traten in den Jahren nach dem Bürgerkrieg als Anwalt der kleinen Leute, von Arbeiter- und Bauernschaft sowie Kleingewerbe auf und kritisierten den Einfluss der Finanz- und Industrieeiten des Nordostens auf die Republikanische Partei und die großunternehmensfreundliche Politik zulasten der Bevölkerungsmehrheit. Sie forderten u.a. eine lockere Geldpolitik, um landwirtschaftliche und kleingewerbliche Betriebe mit Krediten zu versorgen und die Pensionen der Kriegsveteranen zu finanzieren.

Die Demokraten vertraten also eine Politik, welche die soziale Gleichheit und eine gerechtere Verteilung im Bevölkerungssegment der Weißen befördern sollte, im Süden aber strikte Rassentrennung und die Diskriminierung der Schwarzen. Piketty (2020, 314)² bezeichnet dies anschaulich als Politik des „Sozialdifferenzialismus“. Es gelang ihnen auf diese Weise schon in den 1870er-Jahren, den weißen Wählern der unteren und mittleren Schichten zu vermitteln, dass sie deren Interessen besser als die Republikaner vertreten würden.

Progressive Ära

Wie auch der Populismus stellte die progressive Reformbewegung v.a. eine Reaktion auf die Fehlentwicklungen des unregulierten Kapitalismus im Gilded Age dar: auf die extreme wirtschaftliche und soziale Ungleichheit, insbesondere die elenden Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen weiter Teile der Unterschicht, auf Monopolismus und den unverhältnismäßigen politischen Einfluss von Industriekonzernen und Großbanken.

Die Progressiven setzten sich in der Demokratischen Partei durch, und auch bei den Republikanern waren sie in den 1900er-Jahren die dominierende Strömung. Was waren die wichtigsten Erfolge des Progressivismus unter den republikanischen Präsidenten Roosevelt (1901–1909) und Taft sowie dem Demokraten Wilson (1913–1921)?

In Bezug auf die Bekämpfung der extremen wirtschaftlichen Ungleichheit waren die (Wieder-)Einführung der Bundeseinkommensteuer 1913 (16. Verfassungszusatz) und der Bundeserbschaftssteuer 1916 von entscheidender und langfristiger Bedeutung. Die zunehmende Vermögenskonzentration wurde als „undemokratische Verteilung des Reichtums“ (Irving Fisher 1919³) und Bedrohung des demokratischen Fundaments der Gesellschaft erkannt. Während des Ersten Weltkriegs veranlasste Wilson die Anhebung des Spitzensatzes der Einkommensteuer für die Reichsten von 2% auf 77%.

Wesentliche wirtschaftspolitische Interventionen waren Antitrust-Gesetze und die Reform des Bankwesens.

Die Anfänge des modernen Wohlfahrtsstaats in der Ära von Populismus und

² Siehe die Rezension durch Branko Milanovic in WUG 46 (2) (2020, 295-297).

³ Fisher zitiert nach Piketty (2020, 575).

Progressivismus betrafen Beihilfeleistungen an Bürgerkriegsveteranen, deren Witwen sowie Nachkommen. Frauen waren die Nutznießerinnen von Einzelstaatsgesetzen zum Arbeitsschutz.

Die im Hinblick auf Demokratisierung und politische Gleichheit bedeutendste Reform war die Einführung des Frauenwahlrechts durch den 19. Verfassungszusatz 1920 – der letzte große Erfolg des Progressivismus.

Lepore relativiert allerdings die Erfolge der Progressiven Bewegung, indem sie auf deren größtes Versagen hinweist: die „Weigerung, gegen die Jim-Crow-Gesetze vorzugehen oder auch nur darüber zu diskutieren“ (445). Der Progressivismus vertrat somit ebenso eine Politik des Sozialdifferenzialismus.

Die polarisierenden 1920er-Jahre

Der Sieg des Republikaners Harding bei den Präsidentschaftswahlen von 1920 stellte eine konservative Gegenreaktion auf die Reformen der Progressiven Ära dar.⁴ Die Bewegung der Progressiven, die sich nun Liberale nannten, verlief sich, und an ihre Stelle trat ein selbstzufriedener Konservatismus, der erneut das Credo von der Überlegenheit der Marktkräfte propagierte. Bezeichnend war, dass Harding den Großindustriellen Mellon, den viertreichsten Mann des Landes, zum Finanzminister ernannte. Dieser veranlasste, dass die Bundeserbschaftssteuer sowie der Spitzensatz der Bundeseinkommensteuer gesenkt wurden – also eine Steuerpolitik nach den Vorstellungen der Reichsten.

Der Weltkrieg befeuerte den religiösen Fundamentalismus der Evangelikalen. Dessen AnhängerInnen lehnten die Evolutionstheorie ab, griffen die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung an und beharrten auf der buchstabengetreuen Wahrheit der Bibel. Ausführlich und tiefeschürfend beschäftigt sich Lepore mit der Auseinandersetzung zwischen religiösem Fundamentalismus einerseits sowie dem Hauptstrom des Protestantismus und den säkularen Kräften andererseits um die Frage, ob sich die Wahrheit aus Vernunft oder Glauben ableitet, und was es für die Demokratie bedeutet, „wenn sich die Menschen nicht darüber einigen können, wie sie entscheiden, was wahr ist. Entscheidet die Mehrheit?“ (511).

„Wenn die einfachen Leute die Vernunft hassen, gibt es für eine Regierung des Volkes keine Möglichkeit, das freie Denken zu schützen“, gibt Lepore die Schlussfolgerung des einflussreichen politischen Schriftstellers Walter Lippman aus 1928 wieder. Er erkannte die Gefahr, die von machthungrigen, skrupellosen und opportunistischen DemagogInnen ausgehen könnte: Mit ausreichender finanzieller Ausstattung und effektiv eingesetzten Massenkommunikationsmedien könnten PropagandistInnen eine politische Mehrheitsmeinung in eine „Wahrheit“ verwandeln.

Großer politischer Einfluss von religiösen FundamentalistInnen und/oder skrupellosen DemagogInnen könnte also den demokratischen Prozess gefährden, welchen die Verfassungsautoren im Sinn hatten: freies Denken, empirisch ermittelte Fakten, freie Diskussion über die Bewertung dieser Fakten und über faktenbasierte Politik, freie demokratische Entscheidung über den Kurs Letzterer.

⁴ Zur Reaktion des „echten Amerika“ siehe Angermann (1978, 11ff).

Angesichts des großen Einflusses der religiösen FundamentalistInnen in der Republikanischen Partei seit den 1970er-Jahren und deren Unterstützung für Ronald Reagan und zuletzt der täglich von Donald Trump verbreiteten „alternativen Fakten“ (im Klartext: Lügen)⁵ und des vorbehaltlosen Akzeptierens dieser Inhalte in der virtuellen Blase seiner Anhängerschaft sind diese in den 1920er-Jahren diskutierten Fragen höchst aktuell und von entscheidender Bedeutung für die Erhaltung der Demokratie.

New Deal

In der Depression der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre formierten sich beide Großparteien neu. Der Demokrat Franklin D. Roosevelt (FDR) wurde 1932, 1936 und 1940 jeweils von einer breiten Koalition aus Industriearbeiterschaft, liberalen Intellektuellen, Frauen, weißen FarmerInnen in den Südstaaten, Schwarzen und anderen ethnischen Minderheiten sowie auch UnternehmerInnen zum Präsidenten gewählt. „FDRs Aufstieg stand mit seinen Wurzeln im Populismus des 19. Jahrhunderts und im Progressivismus des frühen 20. Jahrhunderts zugleich für den Aufstieg des modernen Liberalismus“ (525).

Beim New Deal, dem wohl umfassendsten Gesetzgebungsprogramm der US-Geschichte, handelte es sich zum einen um ein konjunkturpolitisches Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Depression und ihrer verheerenden sozialen Auswirkungen und zum anderen um den ambitionierten Versuch der Reform und Einhegung des Kapitalismus, um eine Wiederholung der gesellschaftlichen Katastrophe der Jahre 1929 bis 1933 zu verhindern und die Wirtschaftsordnung krisenfest und gerechter zu gestalten.

Mit dem Sozialversicherungsgesetz von 1935 schuf die Roosevelt-Administration einen modernen Wohlfahrtsstaat. Pensions- und Arbeitslosenversicherung wurden über Abgaben auf Löhne und Gehälter finanziert. Hinzu kamen Maßnahmen der Sozialfürsorge und Programme zur Armutsbekämpfung. Die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung scheiterte allerdings. Im Vergleich zu westeuropäischen Wohlfahrtsstaaten blieb der amerikanische somit unvollständig.

Die Roosevelt-Administration erhöhte die Progression der Bundeseinkommensteuer und verabschiedete eine neue „Steuer für Reiche“. Auch infolgedessen sank der Anteil des reichsten Perzentils aller Haushalte am Nationaleinkommen gemäß Piketty und Saez (2003, Tab. 2) von 24% 1928 auf 16% 1938 – eine sehr bedeutende Umverteilung.

Die bittere Erfahrung der lang andauernden Depression, so kurz nach dem Gerede von der „ewigen Prosperität“, und der New Deal bewirkten eine grundlegende Änderung der Gesellschaft. Der simple Glaube an die unbegrenzte Leistungs-

⁵ McIntyre (2018) analysiert u.a., wie Trumps Behauptungen „alternativer Fakten“ und seine Angriffe auf seriöse Medien und die Wissenschaft das Vertrauen vieler AmerikanerInnen auf Fakten und deren Einsicht in die Notwendigkeit faktenbasierter Argumentation und Politik nachhaltig untergraben haben. Vermutlich wird dies eine der politisch und gesellschaftlich schädlichsten und langfristig gravierendsten Folgen der Trump-Präsidentschaft sein.

fähigkeit des Kapitalismus zerstob. Die Bundesregierung im Allgemeinen und der Präsident im Besonderen erfuhren einen starken Machtzuwachs.

Die Inanspruchnahme der Wirtschaft für den Krieg bedeutete das bis dahin größte Arbeitsbeschaffungsprogramm der öffentlichen Hand. Die Kriegsfinanzierung erfolgte nicht nur durch Kriegsanleihen, sondern auch mittels beispielloser Steuererhöhungen. Der „Revenue Act“ von 1942 verstärkte die Progression der Bundeseinkommensteuer und verbreiterte deren Steuerbasis enorm: 85% der Familien gaben in der Folge eine Steuererklärung ab.

Eines der letzten Gesetze des New Deal, die sog. „G.I. Bill of Rights“ von 1944, beinhaltete zahlreiche Leistungen für die 16 Mio. Kriegsveteranen, v.a. ein kostenloses Collegestudium und zinsgünstige Kredite für Wohnungserwerb und Unternehmensgründung. „Sie schuf eine neue Mittelschicht ... und überzeugte viele Amerikaner davon, dass die Aussichten für wirtschaftliches Wachstum und die Chance einer jeden neuen Generation, einen höheren Lebensstandard zu erreichen als die Vorgängergeneration, womöglich unbegrenzt waren“ (641), fasst Lepore zusammen. Das Arbeitsmarktgesetz von 1946 anerkannte, dass die Bundesregierung für die Vermeidung von Massenarbeitslosigkeit verantwortlich sei. Letztlich bedeuteten diese beiden Gesetze eine Erweiterung des Wohlfahrtsstaats: Bis 1950 hatte etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus diesen oder jenen Teilen der „G.I. Bill“ Nutzen gezogen.

Doch wie bezüglich der Reformen der Progressiven Ära weist Lepore auch hinsichtlich des New Deal auf ein wesentliches Versagen hin, nämlich jenes gegenüber der Rassentrennung und Diskriminierung der Schwarzen. Aufgrund von Diskriminierungen blieben afroamerikanische Veteranen de facto von den in der „G.I. Bill of Rights“ vorgesehenen Vergünstigungen fast völlig ausgeschlossen. Und restriktive, diskriminierende Bestimmungen für Immobiliengeschäfte und Wohnungsvergabe sorgten in den Metropolen des Nordens für die Entstehung einer segregierten räumlichen Struktur und von schwarzen Innenstadtghettos.

Die Liberale Nachkriegsära

Die Liberale Ära währte bis Mitte der 1970er-Jahre. Auch der Großteil der RepublikanerInnen hatte den von Progressiven und New-Deal-Liberalen errichteten Wohlfahrtsstaat akzeptiert. Lepore zitiert den renommierten Soziologen Daniel Bell, der 1955 Friedrich Hayeks Behauptung verwarf: „Nur wenige ernstzunehmende Konservative glauben, dass der Wohlfahrtsstaat der ‚Weg zur Knechtschaft‘ ist“ (721).

Die Steuerpolitik des New Deal, insbesondere die Steuerreform von 1942, die Mindestlohnpolitik, der Aufschwung der Gewerkschaften nach der Beseitigung der rechtlichen Restriktionen durch die Roosevelt-Administration und die Bildungspolitik der Liberalen sorgten dafür, dass in der letzten Phase der Liberalen Ära und auch noch bis gegen Ende der 1970er-Jahre die Ungleichheit der Einkommens- und Vermögensverteilung signifikant abnahm, wie Piketty (2020, 532, 536, 620) nachweist.

Während der Progressiven und der Liberalen Ära, in der die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen geringer war als zuvor und danach und die Steuerpro-

gression sehr hoch, wurde besonders starkes Wirtschaftswachstum erzielt, gemessen am realen Nationaleinkommen pro Kopf – 2,1% p.a. 1910–1950 und 2,2% p.a. 1950–1990 –, das signifikant höher war als zuvor (1,8% p.a. 1870–1910) und wesentlich höher als im Gefolge der „konservativen Revolution“ (1,0% p.a. 1990–2020).⁶ Für die große Mehrheit der Bevölkerung verbesserte sich der Wohlstand erheblich, und die soziale Mobilität war vergleichsweise hoch.

Piketty (2020, 684f) betont den Zusammenhang zwischen Verteilungs-, Lohn- und Bildungspolitik und dem Wirtschaftswachstum. Steuer-, Lohn- und Bildungspolitik trugen dazu bei, die extreme Konzentration der Einkommen und Vermögen aufzubrechen. Der Ausbau des Wohlfahrtsstaats durch New-Deal- und Great-Society-Programme sowie die teuerungorientierten Anpassungen und realen Anhebungen des gesetzlichen Mindestlohns und die regelmäßigen Kollektivvertragsabschlüsse durch institutionell gestärkte Industriegewerkschaften bewirkten eine starke Zunahme der realen Masseneinkommen. Daraus resultierten kräftige Zuwächse der Konsumnachfrage, welche der Hauptträger des hohen Wirtschaftswachstums war, das wiederum die Investitionsnachfrage und den Produktivitätsfortschritt befeuerte.

Unter Präsident Lyndon B. Johnson (1963–1969) hatte die Liberale Reformära ihren letzten Höhepunkt, fand aber auch ihr Ende. Hauptpunkte des Great-Society-Reformprogramms waren die Intensivierung der Armutsbekämpfung sowie umfassende Reformen in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Mit einer Novellierung des Sozialversicherungsgesetzes erfolgte 1965 die Einführung von „Medicare“, einer Krankenversicherung für ältere Menschen (über 65), und „Medicaid“, einer Krankenversicherung für arme Haushalte. Beschäftigte, die nicht arm genug waren für „Medicaid“ und nicht reich genug, um sich eine private Absicherung leisten zu können, standen freilich weiterhin ohne Krankenversicherung da.

Das Ende der Liberalen Reformära kam durch strategische Versäumnisse und Fehler der Liberalen und Johnsons Eskalation des Vietnamkriegs. Der Planer des Krieges gegen die Armut hatte es – wie die New-Deal-Liberalen vor ihm – verabsäumt, „eine auf breiter Grundlage erhobene progressive Einkommensteuer als eine dem Gemeinwohl dienende Maßnahme, die im allgemeinen Interesse war“ (752), zu begründen, betont Lepore. Johnson beging also den Fehler, den Kongress zur noch von Kennedy initiierten größten Steuersenkung der US-Geschichte zu bewegen. Das erwies sich als Schuss ins eigene Knie. Denn Steuersenkung und Hochfahren der Rüstungsausgaben erfolgten zulasten des Kampfes gegen die Armut.

Die strategischen Fehler und Versäumnisse der Kennedy- und Johnson-Administrationen, der Widerstand der AnhängerInnen der Rassentrennung gegen die Bürgerrechtsbewegung, die Unruhen in schwarzen Ghettos und die erstarkende Antikriegsbewegung erschütterten die Liberalen so sehr, dass Richard Nixon 1969 ins Weiße Haus einziehen konnte. Mit dem Vietnamkrieg und dem ersten Ölpreisschock endete Mitte der 1970er-Jahre auch in den USA die „goldene Ära“ des fordistischen Kapitalismus. Der „lange Niedergang der Liberalen und der lange Aufstieg der Konservativen“ (722) hatten begonnen.

⁶ Piketty (2020, 682), Grafik 11.12.

Die Bürgerrechtsbewegung

Um 1950 waren 80% der Schwarzen in den Südstaaten de facto immer noch ohne Wahlrecht. Ihr tägliches Leben wurde durch Rassentrennung, Diskriminierung, Einschüchterung und rassistisch motivierte Gewalt geprägt und beeinträchtigt. Die Bürgerrechtsbewegung formierte sich, um den Kampf gegen die Rassentrennung und für die Bürgerrechte der Schwarzen aufzunehmen.

Der Anfang vom Ende der Jim-Crow-Gesetze im Süden kam, als der liberal majorisierte Supreme Court unter dem Vorsitz von Richter Warren 1954 zu dem Schluss kam, „dass rassenmäßig getrennte Bildungsmöglichkeiten ihrem Wesen nach ungleich sind“ (707), und die Rassentrennung in öffentlichen Schulen aufhob. Im Gefolge intensivierte sich im Süden der Kampf gegen die Rassentrennung im Alltagsleben. Aber auch der Widerstand der SegregationistInnen verhärtete sich.

Unter dem Eindruck des Muts und der Initiative der AktivistInnen der Bürgerrechtsbewegung unter der Führung von Martin Luther King sowie der vom Fernsehen übertragenen Bilder der rassistischen Gewalt „wurde ein Bekenntnis zu den Bürgerrechten nicht nur zu einem Kernthema des Nachkriegsliberalismus, sondern auch zum Credo der Nation“ (712), fasst Lepore zusammen. Der Hauptstrom der Demokratischen Partei verabschiedete sich von der sozialdifferenzialistischen Programmatik und machte das Anliegen der politischen Gleichberechtigung aller Bevölkerungsteile zu der seinen.

Neupositionierung der Republikanischen Partei

Die „konservative Revolution“ erfolgte in zwei Schritten: Den ersten setzte Richard Nixon, Präsident von 1969 bis 1974, den zweiten die Reagan-Administration (1981–1989). Sie bedeutete eine Wende zu neoliberaler Wirtschaftspolitik (Deregulierung der Finanzbranche, Steuerpolitik zugunsten der Reichsten, anti-gewerkschaftliche Maßnahmen, relatives Absenken des Mindestlohns u.a.) und konservativer Gesellschaftspolitik (in Bezug auf Gleichberechtigung der Frauen, Bürgerrechte für Schwarze, legale Abtreibung, Waffengesetze etc.), beendete den Ausbau des Wohlfahrtsstaats (Kürzung der Mittel für Armutsbekämpfung, keine allgemeine Krankenversicherung) und ließ eine extreme Stratifizierung im Bildungsbereich (relative Senkung der öffentlichen Bildungsausgaben u.a.) zu.

Die „Ära des politischen Konsenses in der Jahrhundertmitte“ (770), als die Demokratische Partei und die Mehrheit der Republikanischen Partei den Wohlfahrtsstaat und keynesianische Wirtschaftspolitik unterstützt hatten und die meisten Gesetze von parteiübergreifenden Koalitionen beschlossen worden waren, hatte ihr Ende gefunden. Dank Nixon und der Aktivistin und Politstrategin Phyllis Schlafly gewann der konservative Flügel der Republikanischen Partei in den 1970er-Jahren stark an Gewicht, indem er die Unterstützung von weißen Südstaaten-DemokratInnen, konservativen KatholikInnen und fundamentalistischen Evangelikalen fand.

Aufgrund des Rechtsrucks der Republikanischen Partei vertiefte sich die ideologische Kluft zwischen den Großparteien. Die politische Polarisierung, die sich

jahrzehntelang auf dem Rückzug befunden hatte, nahm wieder zu. Es begann „ein neues Zeitalter der Ideologie“ (722). „Das Land war auf dem Weg, fast so gespalten und fast so ungleich zu werden, wie es das vor dem Bürgerkrieg gewesen war“ (ebd.), stellt die Verfasserin fest.

Die „Reagan-Revolution“

1980 übernahmen die Konservativen die Macht in der Republikanischen Partei, die sie bis heute nicht abgegeben haben: Ronald Reagan, Fahnenträger des rechten Flügels, wurde zum Präsidentschaftskandidaten nominiert. Die von Nixon, Schlafly und ihm selbst in den Mittelpunkt der Debatte gestellten Themen brachten Reagan den Sieg. Bei seiner Amtseinführung behauptete er, dass die Regierung nicht die Lösung der Probleme sei, sondern das Problem. Diese Aussage wurde in den folgenden Jahrzehnten zu einer der wichtigsten politischen Lösungen von Neoliberalen auf der ganzen Welt.

Die Politik des Präsidenten Reagan (1981–1989) war im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich neoliberal geprägt, in gesellschafts- und rechtspolitischer Hinsicht konservativ bestimmt:

- Die Steuerreform von 1986 senkte den Spitzensatz der Bundeseinkommenssteuer, der 1932–1980 bei durchschnittlich 81% gelegen war, von 70 auf 28%. Sie stellte die entscheidende Wende zu einer Steuerpolitik zugunsten der Reichsten dar.
- Weil Indexierungen des gesetzlichen Mindestlohns unterblieben, fiel dieser real (zu Preisen von 2019) von 9,60 \$ 1980 auf 6,60 \$ 1990.⁷ Antigewerkschaftliche Maßnahmen schwächten die Verhandlungsmacht der Interessenvertretungen der unselbstständig Beschäftigten.
- Infolge der Reduzierung der öffentlichen Bildungsausgaben in Relation zum BIP nahm die extreme Stratifikation des Bildungswesens Gestalt an (Piketty 2020, 672f).

Auf die Übernahme der Republikanischen Partei durch die Konservativen war jene des Weißen Hauses und des Kongresses gefolgt. Durch Ernennung von konservativen RichterInnen in Bundesgerichten und im Obersten Gerichtshof trieb Reagan auch die konservative Machtübernahme in der Judikative voran, mit gravierenden langfristigen Folgen. Und er leistete der „konservativen Revolution“ massiven Vorschub durch eine neue Art der Verfassungsauslegung, nämlich die Interpretation gemäß den angeblichen ursprünglichen Absichten der Verfassungsautoren: Der sog. Originalismus⁸ wurde zur offiziellen Politik des Justizministeriums und war politisch höchst wirksam. Faktisch, so Lepore, erwies sich der Originalismus als „eine neue Strategie für das Zurückdrehen von Entscheidungen, die vom liberalen Warren Court getroffen worden waren“ (833). Der zweite Verfassungszusatz, der bis dahin nach allgemeinem Verständnis das Recht der Bürger geschützt hatte, Waffen zur gemeinsamen Verteidigung in Milizen zu tra-

⁷ Piketty (2020, 667), Grafik 11.10.

⁸ Zu Originalismus und Widersprüchen zwischen den von konservativen RichterInnen angewandten Prinzipien der Verfassungsauslegung siehe Feldman (2020).

gen, wurde vom Originalismus interpretiert als Garantie für das Recht von Einzelpersonen zum Tragen einer Waffe. Für die Republikanische Partei war die Diskussion um Waffengesetze hinfort ein wertvolles Instrument der Wählermobilisierung.

Infolge der zweiten Etappe der „konservativen Revolution“ in den 80er-Jahren verstärkten sich jene zwei Entwicklungen, welche in den 60er- und 70er-Jahren eingesetzt hatten und die Politik der folgenden Jahrzehnte bestimmen sollten: die politische Spaltung und die ökonomische Ungleichheit.

Neupositionierung der Demokratischen Partei

Während die Republikanische Partei die kleinen Leute umwarb, ließ das Interesse der Demokratischen Partei an der Vertretung der Interessen der Arbeiterschaft und der gering und mittel qualifizierten Angestellten nach, ja sie wurden von den New Democrats bewusst fallengelassen. Letztere meinten, die Zukunft der Partei liege nicht bei den Gewerkschaftsmitgliedern und den altmodischen New-Deal-Liberalen, welche sie für die Wahlniederlagen 1980 und 1984 verantwortlich machten. Die DemokratInnen bemühten sich also nicht mehr in erster Linie um die eher benachteiligten sozialen Gruppierungen, sondern mehr und mehr um die GewinnerInnen des Strukturwandels, die hoch Qualifizierten. Der von Picketty (2020) belegte Wandel zur Partei der AkademikerInnen war also eine bewusste politische Richtungsentscheidung.⁹ Die Demokratische Partei nahm die Entwicklung des Bildungswesens zu einem hochgradig stratifizierten und inegalitären System hin und unterließ es, wenn sie an der Macht war, Strukturreformen energisch einzuleiten.

Die WählerInnen aus der unteren Hälfte der sozialen Hierarchie fühlten sich in folgedessen von der Demokratischen Partei im Stich gelassen. Sie mussten den Eindruck gewinnen, dass deren Politik ihren Anliegen immer weniger entsprach. Dies erzeugte bei ihnen ein Klima des Misstrauens gegenüber den Bildungseliten, ja sogar ein Gefühl der sozialen Ächtung. Äußerungen wie jene von Hillary Clinton 2016, als sie die Hälfte der Trump-AnhängerInnen als „Korb der Bedauernswerten“ abtat, gaben Letzterem Nahrung.

Gemäß Lepore waren es in erster Linie zwei einflussreiche Gruppierungen innerhalb der Demokratischen Partei, die diesen politischen Kurswechsel, nämlich die Abwendung von den egalitären Zielsetzungen des New Deal und der Liberalen Nachkriegsära, herbeiführten: neben den bereits erwähnten New Democrats die VertreterInnen der Identitätspolitik: Das Weltverständnis der New Democrats war – und ist – technokratisch und meritokratisch, und sie übernahmen viele Denkmuster und Argumentationslinien der Neoliberalen. Sie spielten die Schlüsselrolle von staatlicher Politik für den technischen Fortschritt, v.a. auch öffentlicher oder öffentlich unterstützter Forschung und Entwicklung im Bereich der IKT und anderer moderner Techniken, die von Mariana Mazzucato (2014)¹⁰ überzeu-

⁹ Zu der möglichen Tendenz der Demokratischen Partei in Richtung auf eine elitenübergreifende Partei – der Bildungs- und der Wirtschaftselite – siehe Frazier (2020).

¹⁰ Siehe die Rezension in WUG 41 (4) (2015, 625–628).

gend belegt wurde, herunter. Sie unterließen es, die entscheidende Bedeutung steuerfinanzierter öffentlicher Bildungsinvestitionen, Forschung und Entwicklung, Infrastrukturinvestitionen sowie von abgabefinanzierter Sozialversicherung (inklusive universeller Krankenversicherung!) für die Wirtschaftsentwicklung und den Wohlstand der großen Bevölkerungsmehrheit zu betonen. Stattdessen akzeptierten sie den Trickle-down-Mythos der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik.

Die Hinwendung eines Teils der Liberalen zur Identitätspolitik ergab sich, so Lepore, daraus, dass nach den AfroamerikanerInnen in den 50er- und 60er-Jahren weitere „ethnische Gruppen, die schon lange der Diskriminierung ausgesetzt waren – Chicanos, indigene Amerikaner, Amerikaner asiatischer Herkunft und andere – zu politischer Solidarität“ fanden, „indem sie ihre Unterschiedlichkeit betonten, ... als besonders und auf charakteristische Weise unterdrückte Gruppen“ (854). Die Linke, die früher für universelle Werte gestanden war, schien nun für ausgewählte Identitäten zu sprechen. Statt des Kampfes um politische Gleichheit und wirtschaftliche Gerechtigkeit rückte der Begriff der Identität in den Mittelpunkt des politischen Denkens und Handelns dieses Flügels der Demokratischen Partei.

Der in weiten Bereichen neoliberale Kurs der New Democrats und die Hinwendung eines anderen Teils der Liberalen zur Identitätspolitik bedeutete, stellt Lepore fest, das Ende der New-Deal-Koalition. Stattdessen stützte sich die Demokratische Partei nun auf eine lose Koalition von Frauen, Minderheiten, qualifizierten Angestellten und Selbstständigen sowie nur noch kleineren Teilen der weißen Unterschicht und unteren Mittelschicht.

Die New Democrats an der Macht

Die Politik von Präsident Clinton (1993–2001) lief weitestgehend auf eine Fortsetzung des von Reagan und Bush eingeschlagenen neoliberalen Kurses in der Wirtschafts- und Sozialpolitik und der konservativen Ausrichtung der Gesellschaftspolitik hinaus: Piketty (2020, 1027) vermutet, „dass die Übernahme des fiskal- und sozialpolitischen Kurses der 1980er-Jahre teilweise auf den Wandel der demokratischen Wählerschaft zurückgeht“, denn viele der Angehörigen der Bildungselite hatten den Eindruck, dass ihnen die neue, kaum auf Umverteilung angelegte Politik zum Vorteil gereichte.

Unter den Clinton-Administrationen fand mithin weder eine Umkehr in der Steuerpolitik noch in der Mindestlohnpolitik statt. Clinton und die New Democrats nahmen also hin, dass die Ungleichheit in der Einkommens- und in der Vermögensverteilung weiter enorm zunahm.

Als besonders verhängnisvoll sollte sich schon nach wenigen Jahren erweisen, dass die Regierungen der New Democrats die Deregulierung des Finanzwesens fortsetzten: Mit der Außerkraftsetzung des Glass-Steagall-Gesetzes von 1933 fiel das Trennbankensystem, d.h. die strikte institutionelle Trennung des Einlagen- und Kreditgeschäfts mit Privatkundschaft vom Wertpapiergeschäft.

Gemeinsam mit jenen konservativen RepublikanerInnen, welche die Sozialhilfe als Falle bezeichneten, mit der Menschen durch ihre Abhängigkeit von staatlicher Unterstützung in Armut festgehalten würden, schaffte die Regierung Clinton 1996 das „Aid to Families with Dependent Children“-Programm (AFDC) ab und über-

trug die Sozialhilfe in die Zuständigkeit der Einzelstaaten. Ein weiterer demokratischer Vorstoß zur Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung scheiterte am Widerstand der Republikanischen Partei. Erst Obama gelang 2010 mit dem „Affordable Care Act“ ein Teilerfolg in dieser Hinsicht.

Explosion ökonomischer Ungleichheit

Die Ergebnisse der neoliberalen Wirtschaftspolitik seit der „konservativen Revolution“ sind ernüchternd: Halbierung des Wachstums des Pro-Kopf-Nationaleinkommens, langfristige Stagnation der Kaufkraft der unteren Hälfte der EinkommensbezieherInnen, extreme Bildungsstratifikation und starker Rückgang der intergenerationellen Bildungs- und Einkommensmobilität, Explosion der Einkommens- und Vermögensungleichheit. Die Schlussfolgerung, die Piketty (2020, 684) daraus zieht, lautet, „dass die ‚konservative Revolution‘ ... gescheitert ist“.

Der Anteil des obersten Perzentils der EinkommensbezieherInnen am Nationaleinkommen stieg von durchschnittlich 12% 1950–1990 auf 18% 1990–2020. Der Anteil des obersten Dezils erhöhte sich von 34% 1980 auf 47% 2015.¹¹ In den 2010er-Jahren war die Einkommensungleichheit wieder fast so hoch wie in den in dieser Hinsicht extremen Jahren vor der Großen Depression.

Der Anteil des obersten Dezils am gesamten Netto-Privatvermögen (Immobilien, Betriebsvermögen und Finanzanlagen abzüglich Schulden) war von 1930, als der Höchstwert von 85% verzeichnet worden war, bis 1950 und dann erneut zwischen 1965 und 1985 deutlich gefallen, bevor er wieder anstieg, und zwar von 62% 1985 auf 73% 2015.¹² Noch relativ stärker fiel der Wiederanstieg des Vermögensanteils des obersten Perzentils aus, nämlich von 23% 1975 auf 38% 2015.¹³

Die Kaufkraft des gesetzlichen Mindestlohns auf nationaler Ebene sank seit 1980 deutlich, und zwar infolge unregelmäßiger und unzureichender Anpassungen. 1980 hatte der Mindestlohn noch (zu Preisen von 2019) 9,60 \$ betragen, zwischen 1985 und 2010 schwankte er zwischen 6,20 und 8,40 \$, und 2019 lag er bei 7,20 \$.¹⁴ Diese Mindestlohnpolitik war Ausdruck der antigewerkschaftlichen Haltung beider Parteien seit den 1980er-Jahren.

Dass das durchschnittliche Realeinkommen der unteren 50% der EinkommensbezieherInnen vor Steuern und Transfers seit einem halben Jahrhundert nahezu stagniert, gab es zuvor noch nie in der Geschichte der USA und ist angesichts des erheblichen Produktivitätsfortschritts geradezu frappierend.

Vieles spricht dafür, dass die wachsende Ungleichheit der Bildungsinvestitionen eine weitere wesentliche Ursache für die Explosion der Einkommensungleichheit seit den 1980er-Jahren war. Die intergenerationelle Bildungs- und Einkommensmobilität war nur noch sehr gering – ganz im Gegensatz zu den politisch propagierten Idealvorstellungen von Meritokratie und Chancengleichheit.¹⁵

¹¹ Piketty (2020, 532), Grafik 10.1.

¹² Piketty (2020, 536), Grafik 10.4.

¹³ Piketty (2020, 536), Grafik 10.5.

¹⁴ Piketty (2020, 667), Grafik 11.10.

¹⁵ Siehe dazu Piketty (2020, 58), Grafik 0.8.

Infolge der realen Stagnation der Einkommen der unteren Hälfte der EinkommensbezieherInnen brach deren Anteil am Nationaleinkommen geradezu ein, nämlich von 21% 1969 auf rd. 12,5% 2015.¹⁶ Seit 1996 liegt der Anteil des obersten Perzentils über jenem der untersten 50%, und diese Anteilsdifferenz erhöhte sich bis 2015 auf sieben Prozentpunkte.

Politische Polarisierung

Das, was die Konservativen, die 1980 die Kontrolle über die Republikanische Partei übernahmen, seit dieser Zeit eint, sind zum einen die Gegnerschaft zum Liberalismus, insbesondere zu sozial- und arbeitsmarktpolitischen Regulierungen und zum Einfluss von Gewerkschaften, zur Verankerung der Gleichberechtigung der Frauen in der Verfassung, zur legalen Abtreibung und zur Umweltpolitik sowie zum anderen die Befürwortung von Steuersenkungen, von unternehmerfreundlicher Regulierung in Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, einer stärkeren öffentlichen Rolle der Religion (Schulgebet etc.), von individuellem Waffenbesitz und der Interpretation der Verfassung entsprechend der angeblichen Absichten der Verfassungsautoren.

Mit der konservativen gesellschaftspolitischen Programmatik und populistischer antipolitischer Ideologie gelang es den RepublikanerInnen, erhebliche Teile der Unterschichten und der unteren Mittelschichten, deren Realeinkommen in den letzten Jahrzehnten kaum gestiegen waren und die sich von der Demokratischen Partei nicht mehr vertreten fühlten, zu gewinnen – und dies, obwohl die republikanische Partei diesen potenziellen WählerInnen in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht nichts Substanzielles anbot außer der vagen Hoffnung auf Trickle-down-Effekte.

2010 entschied der konservativ dominierte Oberste Gerichtshof, dass die bisherige gesetzliche Begrenzung für Geldzahlungen von Political Action Committees (PACs) etc. an Parteien verfassungswidrig sei. Damit wurde der politische Einfluss der Superreichen noch größer und die Frage, wie viel Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen eine Demokratie verkraften kann, noch dringlicher. Lepore nennt in diesem Zusammenhang das Ergebnis der Studie einer Arbeitsgruppe der „American Political Science Association“ von 2004, wonach „zunehmende wirtschaftliche Ungleichheit die grundlegenden politischen Institutionen des Landes bedrohe“ (935).

In den letzten Jahren stand die konservativ beherrschte Republikanische Partei auch für den – 2000 und 2016 ja bekanntlich jeweils erfolgreichen – Versuch, mit einer Minderheit der bei der Präsidentschaftswahl und der Wahl der Abgeordneten des Repräsentantenhauses abgegebenen Stimmen zu regieren. Auf welchen institutionellen Grundlagen und politischen Maßnahmen beruhte dieser das fundamentale demokratische Prinzip der Herrschaft der Mehrheit negierende Kurs, den Donald Trump ja auch 2021ff fortzusetzen und institutionell sowie politisch abzustützen gedachte?¹⁷ Die institutionellen Grundlagen dieser antidemokrati-

¹⁶ Piketty (2020, 659), Grafik 11.5.

¹⁷ Mittlerweile ist klar, dass die RepublikanerInnen keine Rekonstruktion einer die Funda-

schen Politstrategie waren erstens die Regeln für die Vertretung der Einzelstaaten im Senat (zwei Sitze je Staat unabhängig von der Bevölkerungszahl), zweitens die indirekte Präsidentschaftswahl durch ein Wahlpersonengremium, wobei in 48 von 50 Staaten das Mehrheitsprinzip für die Auswahl der ElektorInnen galt, und drittens die Kompetenz der Einzelstaaten in Bezug auf die Regelung der Wahl der Abgeordneten des Repräsentantenhauses. Weiters sind in diesem Kontext einschlägige politische Schritte der RepublikanerInnen anzuführen: erstens die Manipulation der Wahlbezirksgrenzen in republikanisch regierten Einzelstaaten zu ihren Gunsten; zweitens Gesetze in ebendiesen Einzelstaaten zu den Voraussetzungen für die Aufnahme ins Wahlregister, welche das Ziel hatten, Bevölkerungsgruppen, die deutlich der Demokratischen Partei zuneigten, von der Wahlurne fernzuhalten, also letztlich nichts anderes bedeuteten als Schikanen gegen potenzielle afroamerikanische WählerInnen; drittens die erfolgreiche Durchdringung der Judikative im Allgemeinen und des Obersten Gerichtshofs im Besonderen mit konservativen RichterInnen; und viertens das Niederreißen von Schranken, die plutokratischen Tendenzen, also dem enormen Einfluss ganz weniger unvorstellbar Reicher auf die Politik, entgegenstanden.

Die Möglichkeit einer Minderheitsherrschaft war mithin infolge der politischen Kompromisse im Verlauf des Verfassungskonvents von Anfang an in der Verfassung angelegt („built into the American system“¹⁸); ihre Realisierung setzte freilich langfristig angelegtes und strategisches politisches Handeln voraus.¹⁹

Die Experimente einer Minderheitsherrschaft sind aus der Perspektive, aus der Lepore ihre Geschichte der USA schreibt, besonders relevant und besonders beunruhigend, intendierten und implizierten sie doch die systematische Verletzung einiger der grundlegenden Prinzipien von Unabhängigkeitserklärung und Verfassung.

Diese 2000 und 2016 erfolgreichen Versuche des Regierens trotz jeweils gleich zweifacher Wahlstimmenminderheit wären ohne die Kommunikationspolitik der Konservativen, die auf Segmentierung und Polarisierung der Öffentlichkeit und der potenziellen Wählerschaft sowie auf Abschottung und Radikalisierung der eigenen AnhängerInnen abzielte, die Deregulierung der Kommunikationsbranche ab den 80er-Jahren und die Medienrevolution der 2000er-Jahre, welche die Wirksamkeit einer derartigen Kommunikationspolitik vervielfachte und deren Zuspit-

mente der Demokratie akzeptierenden Mitte-Rechts-Partei anstreben, sondern sich – selbst nach dem gewaltsamen Putschversuch des aufgehetzten Mobs vom 6. Jänner 2021 – weiterhin Trump unterwerfen. Sie billigen damit dessen verfassungswidrige Versuche, das Wahlergebnis vom 4. November 2020 zu manipulieren, und unterstützen angesichts der erwiesenen Unfähigkeit der Republikanischen Partei, Stimmenmehrheiten bei Präsidentschaftswahlen und Wahlen zum Repräsentantenhaus zu gewinnen, dessen Absicht, das grundlegende Prinzip der Herrschaft der Mehrheit dauerhaft außer Kraft zu setzen (O’Toole 2021, 9).

¹⁸ O’Toole (2020, 6): „The electoral college, the massive imbalance in representation in the Senate, the ability to gerrymander congressional districts, voter suppression, and the politicization of the Supreme Court - these methods for imposing on the majority the will of the minority have always been available.“

¹⁹ Siehe dazu O’Toole (2020).

zung erlaubte, nicht möglich gewesen. Lepore befasst sich immer wieder ausführlich und sehr kritisch mit den Auswirkungen neuer Medien auf die Politik, vom Radio in den 1920er-Jahren bis zu den internetbasierten Medien der Gegenwart.

Auch in der Medienpolitik war es Ronald Reagan, der eine Wende einleitete. Die Aufhebung der gesetzlichen Fairnessverpflichtung 1987 bedeutete, dass mit einer Bundeslizenz ausgestattete Sender nicht mehr verpflichtet waren, ihr Programm am öffentlichen Interesse auszurichten und in ihrer Berichterstattung unterschiedliche Standpunkte zu berücksichtigen.

Konservative Medien begannen also bereits Ende der 80er-Jahre, sich von der Idee, dass sachliche Diskussion über empirisch ermittelte Fakten und das Abwägen verschiedener Standpunkte über mögliche faktenbasierte Politiken die entscheidenden Aspekte des Meinungs austauschs zwischen den Parteien ausmachen, zu verabschieden. Lepore wählt hier klare Worte und nennt das den „tiefen Sturz in einen epistemologischen Abgrund“ (867). Die Hoffnung, mit der Diffusion des Internets breche ein neues Zeitalter der informationellen Aufklärung an, erwies sich alles in allem als Illusion. Stattdessen, so Lepore, stellten sich die sog. sozialen Medien als „eine Brutstätte für Fanatismus, Autoritarismus und Nihilismus“ (940) heraus, als Nährboden für irrwitzige Verschwörungstheorien.

Lepore übt im Zusammenhang mit den Ursachen der zunehmenden politischen Polarisierung auch an den Liberalen heftige Kritik. 1996 unterzeichnete Clinton den „Telecommunications Act“, welcher die Kommunikationsbranche deregulierte, praktisch alle antimonopolistischen Bestimmungen aus der Zeit des New Deal für diese Branche beseitigte – was die nachfolgenden Fusionen von Medienunternehmen erst ermöglichte – und die Regulierung des Internets untersagte. Lepore betont die katastrophalen, wenngleich unbeabsichtigten Folgen dieses Gesetzes: die Entstehung von gigantischen Monopolunternehmen wie Google etc., Vortrieb für politische Spaltung und ökonomische Ungleichheit, daraus resultierend letztlich eine Gefährdung der Demokratie. Infolgedessen bezeichnet die Autorin Clintons Zustimmung zu diesem Gesetz als „dauerhaftes und schreckliches Vermächtnis seiner Präsidentschaft“ (893).

Lepores Geschichte der USA umfasst, wie schon eingangs erwähnt wurde, nicht alle Bereiche. Als Einführung in die politische Geschichte kann das Werk nicht dienen: Vieles wird vorausgesetzt, viele wichtige Entwicklungen und Strukturen werden nicht behandelt oder nur gestreift. Und es handelt sich „nur“ um eine nationale Geschichte. Im US-amerikanischen Fall bedeutet das nicht die Geschichte eines Volkes mit gemeinsamen Vorfahren, sondern eines Volkes, das vereint ist durch gemeinsame Erfahrungen und gemeinsame Werte und Ideale. Lepore schreibt ihre politische Geschichte unter steter Bezugnahme auf diese Werte, die in der Unabhängigkeitserklärung und in der Verfassung beschworen wurden. Behandelt wird also fast ausschließlich das, was innerhalb der nationalen Grenzen stattfand. Außenpolitik bildet keinen Schwerpunkt, und die internationalen Folgen der Außenpolitik sind nicht Teil der Darstellung – ein Aspekt, der auf viel Kritik stieß, sind die USA doch seit 1917 eine Weltmacht. Die Autorin begründet die Beschränkung auf die nationale Geschichte, indem sie darauf hinweist, dass die LeserInnen die Welt aus der Perspektive ihres Nationalstaats sehen und

eine entsprechende Geschichtsschreibung erwarten würden: „They can get it from scholars or they can get it from demagogues, but get it they will.“²⁰

Stark berücksichtigt Lepore die soziale und ethnische Diversität des Landes. Stimmen der Unterschicht und der Diskriminierten kommen häufig und prominent zu Wort. Es ist also eine politische Geschichte aus vielen Perspektiven, basierend auf einem inklusiven Verständnis der nationalen Gemeinschaft. Lepore interpretiert diese Diversität konsistent als Teil des gemeinsamen Erbes. Sie zeigt überzeugend, dass ein inkludierendes Geschichtsnarrativ keineswegs heißen muss, separate Narrative – Sonder- oder Gegengeschichten – über subnationale Identitätsgruppen zu schreiben.

Die Verfasserin verhehlt nicht ihre liberale Weltanschauung. Das hindert sie indes nicht daran, den unterschiedlichen Strömungen des Konservatismus gegenüber unbedingte Fairness zu zeigen und scharfe Kritik an Aspekten der politischen Praxis des Progressivismus und New-Deal-Liberalismus zu äußern, insbesondere an deren Sozialdifferenzialismus. Eine zentrale Erkenntnis Lepores ist, dass die Stabilität der amerikanischen Politik in der Mitte des 20. Jahrhunderts „nicht vom Wohlstand der wenigen, sondern vom Wohlergehen der vielen abhängig gewesen“ ist, „von der Sicherheit und der Verpflichtung auf eine Vorstellung von Gemeinwohl“ (894). Den New Democrats wirft sie vor, die Orientierung an Gemeinwohl und gesellschaftlicher Solidarität aufzugeben, das Engagement für politische Gleichheit, gegen plutokratische Tendenzen und wirtschaftliche Ungleichheit vernachlässigt zu haben und sich stattdessen neoliberaler Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Identitätspolitik zugewandt zu haben.

Die Geschichte, die Lepore geschrieben hat, ist also keineswegs eine durchgehende Erfolgsgeschichte im Hinblick auf die Realisierung der Werte von Unabhängigkeitserklärung und Verfassung, zumal immer wieder Uneinigkeit über die Bedeutung und die Interpretation dieser Werte bestand. Es ist eine Geschichte früher Erfolge in Bezug auf Demokratisierung, politische Gleichheit und Bürgerrechte im Segment weißer Männer, aber auch lang fortwährender, gravierender politischer Diskriminierung von Frauen, Indigenen und AfroamerikanerInnen. Seit den 1970er-Jahren sind zunehmende politische Spaltung, explodierende ökonomische Ungleichheit und plutokratische Tendenzen prägende und besorgniserregende, weil die Fundamente der Demokratie gefährdende Entwicklungen, zuletzt auch die Experimente der Herrschaft gegen die Majorität der Wählerstimmen.

Als besorgte Bürgerin und kritische Wissenschaftlerin fragt sich Lepore, wie in einer Gesellschaft, wo sich wachsende Segmente der Bevölkerung in abgeschottete digitale Blasen zurückziehen und keine Einigkeit mehr zwischen diesen Segmenten über die Ermittlung der Wahrheit besteht, Demokratie überhaupt funktionieren kann.

Vor dem Hintergrund dieser epistemologischen Uneinigkeit, der starken Zunahme ökonomischer Ungleichheit und der politischen Polarisierung ist die Verve zu verstehen, mit der Lepore für die Wiederherstellung des Vertrauens in empirisch ermittelte faktische Evidenz, für freie Diskussion über die Bewertung dieser Fak-

²⁰ Lepore zitiert nach der Rezension von Daniel Immerwahr auf www.thenation.com vom 29.10.2019.

ten und für faktenbasierte Politik wirbt, die in Zeiten postmoderner Verirrungen und digital entfesselter Gefühls- und Identitätspolitik unterzugehen drohen.

Gerade auch aufgrund der Handlungen und Unterlassungen des unsäglichen 45. Präsidenten, welche der politischen Polarisierung, der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit und der Uneinigkeit über die Grundlagen von Wissen und Politik weiteren und starken Vorschub leisteten, ist Lepores Werk hochaktuell und unmittelbar politisch relevant.

Die Lektüre kann gerade uns EuropäerInnen viele Erkenntnisse vermitteln und uns zum Nachdenken anregen. Die von Lepore beschriebenen und analysierten Phänomene, insbesondere die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte – politische Spaltung, Explosion der wirtschaftlichen Ungleichheit, Infragestellung der grundlegenden Werte aus Unabhängigkeitserklärung und Verfassung sowie von faktenbasierter Argumentation und Politik durch Teile der Bevölkerung, der Medien und der PolitikerInnen, Experimente von Minderheitsherrschaft – und deren Ursachen als ausschließlich US-amerikanische Spezifika zu deuten und abzutun, hieße sich selbst belügen. Sind doch viele der aus demokratiepolitischer Sicht besorgniserregenden Entwicklungen und Strukturen in den USA längst bzw. jüngst auch in der EU zu beobachten.

In stilistischer Hinsicht beweist Lepore, dass analytische Tiefe und sprachliche Eleganz nicht in Widerspruch zueinander stehen müssen.

Martin Mailberg

Literatur

- Adams, Willi Paul (Hg.) (1977). Die Vereinigten Staaten von Amerika. Fischer Weltgeschichte Bd. 30. Frankfurt am Main, Fischer Taschenbuch Verlag.
- Angermann, Erich (1978). Die Vereinigten Staaten von Amerika seit 1917. 6. Aufl. München, Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Baines, D.E. (1977). Die Vereinigten Staaten zwischen den Weltkriegen, 1919–1941. In: Adams (Hg.), 283–353.
- Blight, David W. (2020). An American Pogrom. *New York Review of Books* 67 (18), 25–27.
- Feldman, Noah (2020). The Battle Over Scalia's Legacy. *New York Review of Books* 67 (20), 67–69.
- Fraser, Caroline (2021). The Stench of American Neglect. *New York Review of Books* 68 (3), 16–18.
- Frazier, Ian (2020). The Plushbottoms of Teton County. *New York Review of Books* 67 (20), 18–22.
- Kindleberger, Charles P. (1984). Die Weltwirtschaftskrise. 3. Aufl. München, Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Mazzucato, Mariana (2014). Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum. München, Verlag Antje Kunstmann.
- McIntyre, Lee (2018). Post-Truth. Cambridge, MA, MIT Press.
- O'Toole, Fintan (2020). Democracy's Afterlife. *New York Review of Books* 67 (19), 4–8.
- O'Toole, Fintan (2021). To Hell with Unity. *New York Review of Books* 68 (5), 9–11.
- Piketty, Thomas (2020). Kapital und Ideologie. München, C.H. Beck.
- Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel (2003). Income Inequality in the United States, 1913–1998. *Quarterly Journal of Economics* 118 (1), 1–39.
- Winkler, Heinrich August (2009, 2011, 2014, 2015). Geschichte des Westens. 4 Bde. München, C.H. Beck.